

Podiumsdiskussion „Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“

Abgeordnete aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag

Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe „Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“ fand am 21. Mai 2013 im Kieler Landeshaus eine Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, CDU, FDP und Piratenpartei statt. Die Fragen stellte Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Im Folgenden dokumentieren wir Ausschnitte aus der Mitschrift dieser Diskussion.

Martin Link: Eine Frage an die Runde. Wie ist Ihnen das Thema Islamfeindlichkeit schon begegnet und wie findet die Diskussion dazu in den Parteien statt?

Serpil Midyatli (SPD) erklärt dazu: In ihrem politischen Leben habe das Thema noch gar keine Rolle gespielt. Sie habe persönlich nicht erlebt, dass sie diskriminiert worden sei, weil sie Muslimin sei. Sie könne allerdings schwer differenzieren, was mit Muslimin und was mit Migrationshintergrund gemeint ist, da es einen gleitenden Übergang gibt. In der SPD steht das Thema Islamfeindlichkeit nicht ständig auf der Agenda. Das habe auch den Hintergrund, dass es eine große und in verschiedene Arbeitsbereiche aufgeteilte Partei sei. Die SPD habe letztes Jahr im Oktober eine Landesarbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt gegründet. Dort wird auch dieses Thema bearbeitet und ggf. über Landtagsanträge in die Diskussionen der Gesamtpartei eingebunden. In den größeren Kommunen, da dort die Berührung eher vorhanden ist, ist die parteipolitische Auseinandersetzung mit dem Thema Islam eher Praxis, weil man guckt wie man Begegnung schafft. Zum Beispiel gibt es den Tag der Moscheen am 3. Oktober und viele Ortsvereine nutzen diese Chance, in die Moscheen zu gehen. Im Lübecker Umfeld tun sich Ortsvereine zusammen, um gemeinsam eine Moschee zu besuchen. In Kiel sei man ständig im Gespräch und im Austausch mit den islamischen Verbänden.

Anita Klahn (FDP) erklärt dazu: Das Thema Islam begegne ihr im Alltag nicht ständig. Sie integriere es als eine Normalität ins persönliche Umfeld. Sie sei aus dem Kreis Stormarn, in der Stadt

Bad Oldesloe gäbe auch einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund mit muslimischem Glauben. Vor ein paar Jahren hätten sie einen Verein zur Förderung von Integration und Toleranz mit dem Ziel aufzuklären und zu informieren gegründet. Er wurde von der evangelischen Kirche und den Moscheevereinen ins Leben gerufen und sei inzwischen in einen Beirat für Integration gemündet. Die Fragen, mit denen sie da zu tun habe, sind ganz praktisch: wo sich ein Gebetsraum befinden darf, wo soll er idealerweise sein, wie geht man in der Bevölkerung damit um, dass es Moschee heiße, was verstehen Leute darunter? Ein Bestandteil der Aktivitäten ist auch immer wieder das Gespräch zu suchen. Innerhalb der Partei ist das Thema Islam ganz aktuell gewesen, im Rahmen der Beschneidungsdebatte. Sie müsse zugeben, in der FDP wird das nach wie vor kontrovers betrachtet, weil die Unversehrtheit des Kindes nicht so hoch gestellt würde wie die der Religionsausübung. Aber die Lösung, die unsere Justizministerin gefunden habe, ist vertretbar.

Eka von Kalben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt dazu: 2010 hätte die Grüne Partei eine Tour der Vielfalt gemacht, Moscheevereine besucht und andere Migrationsorganisationen. Menschen berichteten immer wieder von Diskriminierung - insbesondere in der Arbeitswelt. Dieses Problem kam auch in den Beiträgen dieser Vortragsreihe zur Sprache. Man müsse vermuten, dass ein bestimmtes Bild vorherrscht, wenn ein Name wie Ahmed oder Ayse fällt. Des Weiteren hatten sie eine intensive Debatte zum ‚Kopftuch‘ auf dem Parteitag. Da zeigte sich, dass es weniger um Streit zwischen Islam und

In der SPD steht das Thema Islamfeindlichkeit nicht ständig auf der Agenda. Das habe auch den Hintergrund, dass es eine große und in verschiedene Arbeitsbereiche aufgeteilte Partei sei.

Christentum handelt, sondern zwischen jenen, die sehr stark säkular ausgerichtet sind und denjenigen, die meinen, Religion muss in unserer Gesellschaft eine Rolle spielen dürfen. Ähnlich seien auch die Diskussionen, die sie im Moment in der Fraktion und auch in den Koalitionsfraktionen geführt werden. Zum Beispiel besprechen sie die Frage des Islamvertrages, wie es ihn in Hamburg gibt. Die Debatte sei aus ihrer Sicht nicht stark vorurteilsgeprägt, sondern gehe eher in die Richtung zu hinterfragen wie stark Staat und Kirche zu trennen sein sollten und insofern nicht so sehr darum, sich mit dem Islam zu beschäftigen.

Astrid Damerow (CDU) erklärt dazu: Seit 2009 sei sie im Landtag und seit dieser Zeit auch Sprecherin für Integrations- und Flüchtlingspolitik und im Rahmen dieser Aufgabe habe sie sich mit den Fragen immer wieder beschäftigen dürfen. Sie bin Christin und es gibt den Islam. Serpil (Midyatli) sei Muslima – das ist so. Sie sei eine große Anhängerin der Religionsfreiheit und selbstverständlich auch in dem Rahmen, den das Grundgesetz vorgibt. Persönlich fände sie den Islam, in seinen diversen Inhalten, soweit sie sie kenne, spannend. Sowie sie auch den Buddhismus spannend fände. Es sei ja eine der großen Religionen. Dies sei ihre persönliche Wertung. Innerhalb der Partei gäbe es im Zusammenhang mit dem Islam schon immer wieder Diskussionen, die durchaus kontrovers geführt würden. Das eine war das Thema Kopftuch, zudem gäbe es in der Partei immer wieder u.a. die Debatte über Zwangsheirat. Da taucht das immer wieder auf. Was es nicht gibt, sei diese latente Islamfeindlichkeit. Dies stelle sie in den Diskussionen nicht fest. Die Partei diskutiere dann im Gesamtkontext

Integration und dazu gehöre eben auch der Islam, was aber nur eine Facette der ganzen Integrationspolitik ist.

Angelika Beer (Piratenpartei) erklärt dazu: Das politischen Leben habe sie in mehrere Länder, die mehrheitlich islamisch sind, geführt. Sie habe teilweise dort auch in kurzen Zeiten gelebt. Wie z.B. im Nordirak, in der Türkei, im Kosovo. Sie war fünf Jahre Vorsitzende der Parlamentarierdelegation in Iran. Dort habe sie am Allermeisten gelernt. Vor allen Dingen wie der Islam politisiert, radikalisiert wird, wie der Koran interpretiert wird, bis hin zur Legitimierung von staatlichen Repressalien gegen Muslime im eigenen Land. Das sind ja alles Sachen, die in Schleswig-Holstein nicht unbedingt auf der Tagesordnung stehen. Aber das Thema ist präsent, wenn man sich die politische Verschärfung anschaut, der 11. September ist hier schon genannt worden. Der radikale Islam wird immer häufiger pauschal in Verbindung mit Terror gebracht. Dazu könnten wir eine politische Veränderung in der Mediendarstellung beobachten. Es fehlt an Differenzierung und Pauschalisierungen seien leicht bei der Hand. Es ist erschreckend, wie pauschal Antislamismus und Rassismus Hand in Hand einhergehen. So was spielt auch in Schleswig-Holstein eine Rolle und man muss sehr aufmerksam sein.

Martin Link: In Studien sagen 75% der Befragten, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. 58% befürworten, die Religionsausübung für Muslime erheblich einzuschränken. Welche Möglichkeiten würde ein „Staatsvertrag“ mit den muslimischen Verbänden eröffnen?

Serpil Midyatli (SPD) erklärt dazu: Die Landesregierungen sind in Gesprächen über einen Vertrag, es ist kein Staatsvertrag wie oft gesagt wird, mit den organisierten islamischen Vereinen und Verbänden zu schließen. Die eine Schwierigkeit, die dieses Problem nicht lösen wird, ist, dass 75 Prozent der Bevölkerung immer noch sagen, der Islam gehört nicht zu uns oder soll eingeschränkt werden. So etwas muss von den Menschen vor Ort und den Gemeinden gelebt werden. Es ist schwierig Vorurteile damit bekämpfen zu wollen, indem man von oben etwas vorgibt. Jetzt vertragt euch alle schön und geht spielen. Sie würde es spannend finden zu sehen, welche Möglichkeiten es gibt, dies von unten nach oben aufzubauen. Sie bezweifle, dass die islamischen Verbände alle Menschen mit muslimischem Hintergrund überhaupt erreichen. Man geht davon aus, dass es in Schleswig-Holstein 34.000 Muslime gibt. Wenn man sich die Anzahl der Moscheen ansehe, könne es gar nicht sein, dass darin genügend Platz wäre für alle Muslime. Fakt ist, dass jeder Muslim eine andere Art hat den Islam zu leben. Aber eine solche Vereinbarung hätte durchaus Symbolkraft, welche wir mit den Fraktionen beschließen werden.

Martin Link: Sind antiislamischen Einstellungen ein Thema im ländlichen Raum? Wie könnte ggf. Verständnis und die Bereitschaft für mehr Gemeinsamkeit erreicht werden?

Astrid Damerow (CDU) erklärt dazu: sie lebe im ländlichen Raum und könne eine ganze Menge an Beispielen aufzählen, dass gerade im ländlichen Raum, in den kleineren Strukturen, häufig ein ziemlich unkomplizierter Umgang mit Menschen islamischen Glaubens, stattfindet. Sie glaube es gilt für den ländlichen Raum, was Gegenkonzepte angeht, nichts anderes als für den städtischen Raum auch. Man käme überall auf das alte Thema zurück: wie viel Toleranz kann man erwarten oder wie fördert man mehr Toleranz bei den Menschen. Im Übrigen: von allen Seiten! Wie fördere man die Bereitschaft, sich mit vermeintlich Fremden neutral zu beschäftigen. Das ist eine Herausforderung vor der man sowohl im städtischen, als auch im ländlichen Raum stehe. Infolgedessen glaube sie nicht, dass man unterschiedliche Konzepte brauche. Es gibt durchaus eine ganze Menge an Initiativen im Land, die sich für das interkulturelle

Zusammenleben engagieren. Und es sei unsere Aufgabe diese auch zu fördern, aber als Landesgesetzgeber stelle sich die Aufgabe vor allem die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass solche Initiativen auch entstehen könnten.

Eka von Kalben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt dazu: Ihres Erachtens gibt es einen großen Unterschied. Auf dem Land gibt es z.T. gar keine Muslime in Schulklassen und wiederum in der Stadt gibt es Klassen, in denen es kaum



Kinder anderen Glaubens, als den muslimischen gibt. Insofern ist es ein großer Unterschied, ob man das Thema in der Stadt oder auf dem Land behandle. Der beste Weg, um Vorurteile abzubauen ist der, persönlichen Kontakt entstehen zu lassen.

Angelika Beer (Piratenpartei) erklärt dazu: Sie sei in der schleswig-holsteinischen Landespolitik ganz neu, wengleich sie sie schon viele Jahre verfolgt habe. Die Frage, ob eine solche Vereinbarung zwischen muslimischen Verbänden positive Signale setzen kann, würde sie mit ja beantworten, wenn auch mit Einschränkungen. Diese Koalition habe schon unendlich viel auf die Beine gestellt. Für sie liegt die Herausforderung darin, zu fragen, wie man es in das Leben transportieren könne und dort mache sie keinen Unterschied zwischen ländlichem und städtischem Bereich,

Auf dem Land gibt es z.T. gar keine Muslime in Schulklassen und wiederum in der Stadt gibt es Klassen, in denen es kaum Kinder anderen Glaubens, als den muslimischen gibt.

und inwieweit könnte man versuchen mit einem anderen Diskurs das Stigma aufzubrechen. Dazu gehöre für sie eine ganz konfrontative Auseinandersetzung mit der Presse in Schleswig-Holstein. Die Abgeordneten beteiligen und engagieren sich, aber aus der Presse gibt es keine Resonanz. Da müsse man überlegen, wo die Ursachen dafür liegen im gelebten Alltag. Vor Kurzem habe es in Neumünster zum einen die Ankündigung der NPD über einen Informationsstand gegeben und zum anderen zeitgleich eine Koranverteilung durch Salafisten. Das hat dazu geführt, dass ein Polizeiaufgebot von mehreren Hundertschaften vor Ort war. Und dass die Bevölkerung völlig beunruhigt war, weil die Salafisten auch im neu vorgelegten Verfassungsschutzbericht zu finden sind. Bezeichnungen wie ‚Islamist‘ und ‚Salafist‘ wurden in der Öffentlichkeit vertauscht und dort sehe sie eine Riesenherausforderung von der Kommune, von der Landespolitik, mit allen, die engagiert sind einen Diskurs anzustoßen, der auch seinen Weg in die Bevölkerung finden kann.

Martin Link: Frau von Kalben, wie könnte die Politik auf Presse mit dem Ziel Einfluss nehmen, die Gesellschaft gegenüber Muslimen diskriminierungsfreier zu machen?

Eka von Kalben (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt dazu: Sie könnten den Medien nicht vorschreiben, was sie zu schreiben haben und sie würde ungern eine allgemeine Medienschelte betreiben. Insbesondere im Fernsehen gibt es Beiträge, die versuchen aufzuklären und einer Islamfeindlichkeit entgegenzusteuern. Trotzdem muss man schon sagen, je mehr Druck in den Medien herrscht zu überleben, und gerade in der Zeitungslandschaft

ist dies der Fall, sei festzustellen, dass man nicht gut lande, wenn es sich nicht um eine sensationelle Meldung handelt. Und sie müsse sagen, gerade in den regionalen Medien ist es so, dass bisweilen Klischees bedient werden. Dort wird z.B. betont, wenn es sich bei Straftaten um türkischstämmige Täter handelt.

Martin Link: Studien besagen, Muslime haben erhebliche Schwierigkeiten sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Was spricht dagegen?

Anita Klahn (FDP) erklärt dazu: Martin Link habe in seinen einführenden Worten das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, kurz AGG, genannt. Das seien genau die Rahmenbedingungen, die geschaffen wurden, damit es keine Diskriminierung geben darf. Wenn ein Arbeitgeber aus religiösen Gründen, potentielle ArbeitnehmerInnen ablehnt, hat es vor keinem Gericht Bestand. Aber alle wüssten, dass es im Alltag anders gelebt wird. Sie wolle es nicht von der Hand weisen, dass hier Probleme bestehen, wenn jemand sagt, dass er Muslim sei und gern arbeiten möchte. Wenn jemand als Arbeitgeber dort Probleme hat, das sage sie ganz deutlich, der wird sicherlich einen Grund finden, mit anderen vergleichbaren Kriterien einen Unterschied festzustellen sich dieser Aussage entziehen zu können und das rechtlich sicher zu machen. Sie halte das für sehr schwierig, weil es ganz viele Urteile und Auslegungen dazu gibt und sie könne hier den Betroffenen nur raten, sich juristischen Beistand zu holen.

Serpil Midyatli (SPD) erklärt dazu: Sie glaube, dass im Bereich Integration und Migration ganz viele Dinge nur auf Bundesebene zu regeln seien. Die Integrationskonzepte finden eher in

An der Stelle müsse ganz deutlich gesagt werden, dass man allgemein von Toleranz reden solle, aber nicht allein von Toleranz dem Islam gegenüber, sondern auch gegenüber Alten, Kranken, Menschen mit anderer Hautfarbe usw.

den Kommunen statt, denn wäre das nicht der Fall, fänden sie gar nicht statt. Wenn man das Kind mal beim Namen nennen wolle: Vorher wurde man als ‚Kümmeltürke‘ oder als ‚Scheiß Ausländer‘ bezeichnet und seit dem 11. September wird man gefragt, ob man MuslimIn sei oder nicht. Man muss auch eingestehen, dass es Zwangsehen und dass es Frauenunterdrückung gäbe. Ob das konkret mit dem Islam in Beziehung steht, sei dahin gestellt. Aber es sind Dinge, die diskutiert werden und es ist schwierig als Politik Lösungen zu servieren, warum Muslime unterschiedlich sind, warum ihre Cousine schon, aber sie selbst kein Kopftuch trage. In der Schule könne man natürlich ansetzen mit Konzepten gegen Islamophobie oder bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Dort sind auch schon Anträge auf den Weg gebracht worden. Es ist nicht nur wichtig die Verwaltung interkulturell zu öffnen, sondern auch die bereits in der Verwaltung bestehenden Menschen zu qualifizieren und weiterzubilden, damit sie mit dem Neuen klar werden. Vielleicht kann man dann nach Nordfriesland einen muslimischstämmigen Polizisten oder eine Lehrerin schicken, damit eine Mischung passiert und es nicht dazu kommt, dass nur wieder Leute mit Migrationshintergrund zusammenkommen.

Eka von Kalben (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt dazu: Es gibt viele christliche Kindergärten, in denen ein Großteil muslimischer Kinder untergebracht sind, weil sie einen Betreuungsplatz brauchen und die Kindergärten zu einem ganz großen Teil staatlich gefördert werden. Da muss man sich schon fragen, ob man den Anspruch geltend machen kann, dass es eine private Veranstaltung einer christ-

lichen Gruppe ist, die in der Gesellschaft immer kleiner wird. Sie sei selber auch in der Kirche und bekennende Christin und ihr Anspruch im Kindergarten sei, dass die Kinder gleich behandelt werden, über alle Religionen informiert werden und ein breites Weltbild bekommen. Rein rechtlich gibt es konfessionsgebundenen Unterricht und Kitas, aber man sollte wirklich darüber reden, dass es dort eine Verschiebung in den Bereich der privaten Veranstaltung gibt. Im Moment stehe man vor einer anderen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Da empfinde sie es als unchristlich, wenn man Leute von dieser Arbeit ausschließt und Kinder nicht in Kindergärten kommen. Für sie sei das mit dem Christentum nicht vereinbar.

Auf die Einlassung verschiedener Fragen aus dem Publikum:

Eka von Kalben (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt dazu: Zu dem Punkt des Fragestellers, dass bezogen auf die männliche Beschneidung, die Menschen ihre Bräuche dort praktizieren sollen, wo sie zuhause sind, wolle sie gerne sagen, dass es sehr viele Menschen mit islamischem Glauben gibt, die in Deutschland zuhause sind. Deswegen könne dieser häufig gesprochene Satz ‚Der Islam gehört zu Deutschland‘, der schon Grundkonsens sei, aus ihrer Sicht nicht oft genug wiederholt werden, da ja immer noch 70 Prozent der Bevölkerung meine, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.

Anita Klahn (FDP) erklärt dazu: Wer gerne mal das Angebot nutzen wolle eine Moschee zu besuchen, den möchte sie auf den „Tag der offenen Moschee“ aufmerksam machen, der am 3. Oktober stattfindet. Das ist gleichzeitig der „Tag der Deutschen Einheit“. Sie hatte vor Kurzem

eine Diskussionsveranstaltung, bei der gefragt wurde, ob sie das gutheißen würde. Wer sich die Mühe mache und dem auf den Grund gehe, wird erfahren, dass es ganz bewusst so gewählt wurde, um deutlich zu machen: der „Tag der Deutschen Einheit“ hat Überwindung von Mauern mit sich gebracht und vielleicht kann man auch mit dem ‚Tag der offenen Moschee‘ eine Mauer überwinden, die vorherrscht durch Nicht-Wissen. Denn man diskutiere auf einer sehr abstrakten Ebene. Sie würde sich persönlich wünschen, dass man inhaltlich hineingeht und aufweist, wo das Verbindende zwischen Islam und dem christlichen Glauben ist. So weit gehen die Wertevorstellung beider Religionen nicht auseinander. Sie habe sich mit einem Vertreter einer Moschee unterhalten, der sagte, dass der Islam 662 Jahre, wenn sie die Zahl richtig in Erinnerung habe, jünger sei als das Christentum und man möge ihnen doch einfach die Zeit geben, diese Entwicklung, die die Christen schon hinter sich hätten, zu machen.

Astrid Damerow (CDU) erklärt dazu: Die entscheidenden Weichen werden bei Kindern und Jugendlichen gestellt was Toleranz anbelangt. Da gab es die Frage wie wir Vereine und Jugendorganisationen unterstützen. An der Stelle müsse ganz deutlich gesagt werden, dass man allgemein von Toleranz reden solle, aber nicht allein von Toleranz dem Islam gegenüber, sondern auch gegenüber Alten, Kranken, Menschen mit anderer Hautfarbe usw. Sie glaube essentiell sei es zu schaffen, dass man Kindern und Jugendlichen in der Schule ein Rüstzeug gebe, das sie zu grundsätzlicher Toleranz befähige.

Martin Link: Im Namen der Veranstalter der heutigen Diskussion möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.